

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: G. M. Müller.
Zur Zeit: 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275.—
Einzelnummer M. 15.—, Sonntagsausgabe M. 20.—.
Anzeigen-Preise. Die Spalten 11 mm breite Zeile M. 3.—, für 1000 Buchstaben M. 4.—, Familien-
anzeigen und Kleinanzeigen unter Wochensatz jeden weiteren Buchstabe M. 2.—.
Vorauszahlung bei 1000 Buchstaben. Sonstige Abrechnungen gegen Vorzahlung.
Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung des „Dresdner Nachr.“ zulässig. — Unberechtigter Nachdruck wird nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Verlagsanstalt
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von 'apf & Reichardt in Dresden.
Poltsch-Konto 1088 Dresden.

Zweigniederlassung:
Bautzen, Theatergasse 8

Dresdner Handelsbank A.-S.

Dresden, Ostra-Allee 9
im „Haus der Kaufmannschaft“

Begründet 1873

In Dresden: Städtischer Vieh- und Schlachthof — Eliasplatz 3 — Kaiserstraße 11 — Jahnstraße 8 — Großmarkthalle

Ernste Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung.

Schlechte Aussichten für Geheimrat Cuno.

Ein Kabinettsstreifmann?
Die Bildung unserer Berliner Kabinettsbildung. Berlin, 19. Nov. Die Kabinettsbildungsversuche Geheimrat Cunos sind angesichts der auseinandergehenden Parteiforderungen auf so große Schwierigkeiten gestoßen, daß eine Kabinettsbildung durch Cuno sehr fraglich geworden ist. Er hat in einem Brief an den Reichspräsidenten den Auftrag zurückgeben wollen, schielte jedoch auf zweimalige Aufforderung Cunos hin doch noch seine Bemühungen fortsetzen zu wollen, ein über den Fraktionen stehendes Kabinetts der Arbeit zustande zu bringen. In parlamentarischen Kreisen vertritt man sich jedoch nicht mehr viel Erfolg davon. Im Reichstag war heute Mittag das Zentrum verlammt. Morgen halten u. a. die Demokraten und die Sozialdemokraten Fraktionsversammlungen ab. Auch die Deutschnationalen treten morgen eine halbe Stunde vor der Vollziehung zu einer Fraktionsversammlung zusammen. Die Tagesordnung für die Plenarsitzung, auf der zunächst die fortgesetzte Beratung der Geschäftsordnung steht, enthält wieder den Vermerk, daß sich der Präsident vorbehält, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Schreiben an den Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut:

Herr Reichspräsident! Sie haben mir den Auftrag zur Bildung des Reichskabinetts erteilt, nachdem Ihre persönliche Prüfungnahme mit den Parteiführern ergeben hat, daß sämtliche Parteien der Reichstages und der Sozialdemokratie auf dem Boden der an die Reparationskommission gesandten Note vom 18. d. M. stehen und mir das Vertrauen entgegenbringen, das neue Kabinetts zu bilden. Im Hinblick hierauf habe ich den Auftrag angenommen in der Absicht, ein Kabinetts der Arbeit zu schaffen, das in seiner Zusammensetzung der Notwendigkeit sachlicher Führung der Geschäfte entspricht und vom Vertrauen des Reichstages getragen wird. Die hierfür erforderlichen Besprechungen mit den Führern der Parteien haben ergeben, daß ein Kabinetts nicht nur Anregungen und Wünsche, sondern auch Ansprüche vorbringen, die die Kraft der einer Partei zu entnehmenden Kabinettsmitglieder, deren Person, deren Ressort, ja sogar die Frage betreffen, ob ein Mitglied des bisherigen Kabinetts ein anderes Ressort übernehmen soll. Damit entfallen die Voraussetzungen, unter denen ein so sachlicher Arbeit angeordnetes Kabinetts gebildet werden kann. So wenig ich die Notwendigkeit verkenne, eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kabinetts auch durch dessen Zusammenlegung sicherzustellen, so sehr muß ich entschließend Gewicht darauf legen, daß Auswahl der Mitglieder und Ressorts dem Ermessen des Reichspräsidenten überlassen bleibt, dem der Auftrag zur Bildung übertragen worden ist.

Da das anrecht nicht der Fall ist, bitte ich, den Auftrag zur Bildung des Kabinetts in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen, wobei ich nicht verfehlen möchte, für das Vertrauen zu danken, das mir durch den Auftrag geworden ist. Mit der Versicherung ausgesprochenster Verehrung und Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr ganz ergebener Cuno.

Der Reichspräsident hatte die Parteiführer Sonnabend abends 7 Uhr zu einer Besprechung zu sich geladen, über deren Ergebnis amtlich folgendes berichtet wurde:

Die Verhandlungen, die der Reichspräsident unter Teilnahme des Schreibens des Generaldirektors Cuno Sonnabend abends 7 Uhr mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten, der Bauern und der Deutschen Volkspartei begann, dauerten bis in die späten Abendstunden. Ein abschließendes Ergebnis wurde nicht erzielt, doch ergab sich aus der Besprechung die Möglichkeit, daß die auseinandergehenden Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung auf der Grundlage des von ihnen im Zusammenhange mit der deutschen Note an die Reparationskommission vom 18. November d. J. vereinbarten Programms dem Geheimrat Cuno freie Hand in der Auswahl seiner Mitarbeiter lassen, und dann die so gebildete Regierung dem Reichstag um die Vertrauensentwöhnung nachsuchen. Auf dieser Linie würde Geheimrat Cuno seine Bemühungen um die Kabinettsbildung mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen können.

Nach dem „Vormärts“ spricht man im Reichstag von einem Kabinettsstreifmann, falls Geheimrat Cunos Mission scheitern sollte.

Kampf gegen das Bürgerium

und Auflösung des Reichstages fordert eine Entschließung, welche die Vertagung der Sozialdemokratie gefordert hat. Es wird darin der Widerspruch gegen jede Beteiligung an einer Regierung mit der Sinnlosen Partei erklärt und der Standpunkt betont, daß auch das Kabinetts der Persönlichkeiten nur eine verhängte Diktatur der Sinnlosen Partei bilden würde. Man sollte von allen weiteren Experimenten absehen, die auf eine offene oder verhängte Form der großen Koalition hinführen könnten. Schließlich fordert die Entschließung den Kampf gegen das Bürgerium aufzunehmen und auf die Auflösung des Reichstages hinzuwirken. Damit würde durch die Vertagung des Reichstages eine Klärung der gesamten politischen Situation herbeigeführt werden.

Was in allem: Die Lage ist heillos gefährdet und einer rennt blindlings gegen den anderen an. Wo ist der Retter?

Reichsernährungsminister Fehr gegen die Zwangswirtschaft.

Parteiung der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes. Berlin, 19. Nov. In Berlin begann am Sonntag der zweite Parteitag der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, zu dem zahlreiche Delegierte aus dem Reich, die Vertreter des Bauernbundes, darunter Reichsernährungsminister Fehr, erschienen waren. Nach einleitenden Referaten ergriff der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Fehr das Wort, der auf die durch Teuerung und Mangel hervorgerufenen Ernährungsschwierigkeiten hinwies. Die künftige Ernährungspolitik werde immer von den besagten Worten des Reichsfinanziers Dr. Fehr getragen sein müssen: Erst Brot, dann Reparationen! Die überwälzte Teuerung habe in der Verbraucherschaft den Ruf nach der Wiederverkehr der alten Zwangswirtschaft laut werden lassen. Ich habe mich, erklärte Dr. Fehr, allen diesen Vorstellungen nicht aus Rücksicht auf die Landwirtschaft, sondern weil ich von der Unmöglichkeit ihrer Durchführung überzeugt bin, widersetzt, und ich werde mich ihnen auch weiterhin entgegenstellen, wenn mir das Amt des Reichsernährungsministers übertragen werden sollte, nicht um dem Erzeuger einen Dienst zu erweisen, sondern weil unter dieser Zwangswirtschaft die Preise der Produktionsmittel in der Landwirtschaft, die im Krieg eine Mengenerhöhung war, nicht von dem Gedanken der Preisregulierung getragen. Diesen Zweck kann sie aber höchstens für einige Monate zur Zufriedenheit erfüllen und dann wird sie wieder eine Mengenerhöhung werden. Wenn durch die Zwangswirtschaft die Preise geregelt werden sollen, dann muß das meines Erachtens nicht nur für Lebensmittel gelten, sondern auch für Produktionsmittel, auch die Arbeit, sondern auch für die Arbeiterlöhne. Weitere Ausführungen über andere Fragen der Ernährung und Wirtschaft hat der Minister dem mit Rücksicht auf seine derzeitige Lage zu erlassen.

Von den übrigen Rednern führte noch der preussische Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Brecht, der über das Verhältnis zwischen der Wirtschaftspartei und den anderen politischen Parteien sprach, aus, von allen Parteien vertreten die Deutschnationalen die Mittelstandsinteressen noch am besten.

Deutsche Antwort an Poincaré.

Berlin, 18. Nov. In der Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in der Kammer am 17. November verbreitet D. T. A. folgendes:
Herr Poincaré stellt in der Rede u. a. Behauptungen auf über

die „skandalöse Prosperität“ der deutschen Großindustrie, die Wiedereroberung der Weltmärkte durch Deutschland, ungeheure Käufe in den Vereinigten Staaten, die systematische Erhöhung der Beamtenszahl und der Beamtengehälter ohne Ausgleich durch Steuern usw.

Die Zahl der Beamten und Angestellten nach Kriegsende hat zur Hauptsache infolge der Durchführung des Friedensvertrages zugenommen. Dabei sind die Gehälter eines Auslandsbeamten mit 5000 Beamten und Angestellten notwendig gemacht oder die Beauftragungsmissionen mit einem Personal von 1000 Beamten und Angestellten.

Die Zahl der Beamten und Angestellten ist in der letzten Zeit erheblich verringert worden und wird in der nächsten Zeit noch weiter verringert werden. Dem Garantiefonds sind bei seiner letzten Annahmefestsetzung im Juli 1922 darüber eingehende mündliche und schriftliche Darlegungen gemacht worden. Es ist dabei auch insbesondere der Nachweis geführt worden, daß die Beamtengehälter trotz ihrer dauernden Erhöhung in Papiermark, gemessen an ihrem Goldwert und ihrer Kaufkraft, ständig zurückgegangen sind. Dafür das folgende Beispiel: Das Gehalt des gleichen Beamten hat in runden Zahlen betragen:

	in Papiermark	in Goldmark	nach d. inneren Austausch
1914	7 200	7 200	7 200
1920	34 000	3 600	5 200
1921	48 000	2 200	3 900
Oktober 1922	840 000	1 100	2 200

Das die Steuern
annahm, so betragen die Einnahmen aus Besitz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuer, Zöllen und Ausfuhrabgaben im Jahre
1918 5,936 Milliarden Mark
1919 6,090 „ „
1920 4,534 „ „
1921 32,739 „ „
1922 (bis 31. 10.) 185,747 „ „

Es kann also nicht die Rede davon sein, daß die Beamtengehälter nicht durch Steuern ausgeglichen würden. Und was die Zahlung der seit 1920 durchgeführten schrittweisen Lohn- und Gehaltsabzüge bei allen Beschäftigten und der Arbeiterlöhne, sowie daraus resultierenden, daß jeder Steuerpflichtige Rückkäufe auf Grund seiner vorläufigen Veranlagung zahlen muß.

Nach der letzten verbesserten Methode der Wertermittlung in Goldmark hat in dem ersten Reparationsjahre, d. h. in der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922, die Papiermark infolge des deutschen Außenhandels 1,805 Milliarden Goldmark betragen.

Der Auftakt der Orient-Friedenskonferenz.

Die Vorkonferenz der Alliierten.

Lausanne, 19. Nov. (Schweiz. Dep.-Ag.) Der Sonderkongress mit Lord Curzon und Poincaré ist heute abend hier eingetroffen. Im Zuge befanden sich auch der französische Vorkonferenz in Rom, Barère, sowie Sir Horace Rumbold, Botschaftsminister in Konstantinopel. Die Staatsmänner führen alsbald nach Zerette, wo sie die Gäste des Hotel de Ville sind, der heute nachmittag dort eingetroffen war.

Die Eröffnung der Friedenskonferenz.

Paris, 19. Nov. Die Eröffnung der Lausanner Friedenskonferenz ist auf Montag nachmittags 5 Uhr festgesetzt. Poincaré wird dieser Sitzung als Zuschauer beiwohnen. Nach einer Mitteilung der Agentur Havas hat er bis Absicht, Lausanne am Dienstag abend zu verlassen.

Englisch-französische Einigung?

Paris, 19. Nov. Über die getriggen Verhandlungen zwischen Poincaré und Lord Curzon will der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas erfahren haben: Es herrsche der Eindruck vor, daß das Verhältnis zwischen den beiden Höfen zwischen London und Paris wegen der Haltung der französischen Regierung geländert habe. Befestigt sei die erste Linie sei das englische Memorandum über die türkischen Delegation vorzuliegenden Friedensbedingungen als Grundlage für die Erörterungen bei den Friedensverhandlungen bestimmt worden. Man werde also den Türken gewisse Vorteile in Aussicht nehmen. Die Alliierten würden solidarisch handeln. Weder die französische noch die englische Regierung könnten duden, daß die Türken ihre Verpflichtungen verletzen, indem sie durch ihre Streitmacht einen unzulässigen Druck auf die diplomatischen Unterhandlungen ausüben. Das Abkommen von Andania müsse erfüllt werden. Insbesondere könnten nicht türkische Truppen Konstantinopel besetzen, vielmehr müßten die alliierten Truppen bis zum Abschluß des Friedens dort verbleiben. Sollten die alliierten Streitkräfte in der neutralen Zone angegriffen werden, so würden sie sich notwendigerweise verteidigen. (W. T. B.)

Paris, 19. Nov. Gegenüber den Versicherungen von Havas schreibt „Ceuvre“: Es scheint unabweisbar zu sein, daß Poincaré und Lord Curzon sich dahin verständigt hätten, gewisse definitive und verwandelte Fragen von der Lausanner Konferenz fernzuhalten. Dazu gehören die Fragen der alliierten Grenzen der Türkei, d. h. alles, was

Mesopotamien und den Petroleumbecken von Mosul, die Frage der syrischen Grenz, der Anteil des Dekkanes und das Statut von Westafrika betreffen. Die positive Seite umfaßt die Aufrechterhaltung der Besetzung von Konstantinopel durch die Alliierten, die vollkommene Freiheit der Schifffahrt in den Meerengen unter Aufsicht der Großmächte, die Einheit der christlichen Minderheiten in Anatolien, die ebenfalls unter Aufsicht gestellt werden, und endlich die Berücksichtigung der rechtlichen und wirtschaftlichen Privilegien, die sich aus den Kapitulationen ergeben. Anschließt das zu erwartenden türkischen Widerstandes bemerkt das Blatt: Die britische Regierung werde verlangen, daß die drei alliierten Mächte sich verpflichten, einen entschlossenen Druck auszuüben, d. h. Gewalt anzuwenden, um die Türken zum Nachgeben zu zwingen. Bis jetzt habe Poincaré sich geweigert. Wobei er nun nachgeben? „Ceuvre“ fährt fort: Wir wollen es nicht annehmen, denn er weiß, daß Frankreich niemals etwas annehmen wird, was einem neuen Krieg ähneln, einem Krieg unter dem Oberbefehl der Engländer und dem Beifall der Griechen. (W. T. B.)

Abdul Medschid Effendi der neue Kalif.

Paris, 19. Nov. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora den Thronfolger Abdul Medschid Effendi zum Kalifen gewählt. Die offizielle Bekanntgabe soll unverzüglich erfolgen. Die Einsegnungszeremonie wird morgen stattfinden. (W. T. B.)

Der Sultan auf der Fahrt nach Malta.

Konstantinopel, 18. Nov. Der Kreuzer „Malava“, auf dem sich der Sultan mit seinem Gefolge einschiffte, hat heute vormittag nach Malta abgeföhren. (W. T. B.)

Paris, 19. Nov. Eine Havasmeldung aus Konstantinopel besagt: In muslimanischen Kreisen wird erklärt, daß der Sultan nach den Vorschriften des Koran, wonach jeder Kalif, der den muslimanischen Boden verläßt, um auf christlichen zu stehen und der ausländischen Schatz lude, ohne weiteres als abgesetzt angesehen werden muß. (W. T. B.)

Ein neuer englischer Botschafter in Paris.

London, 19. Nov. Die Reuter meldet, daß Marquis of Crewe zum britischen Botschafter in Paris an Stelle von Lord Darbington, der aus dem diplomatischen Dienst ausgeschiedet, ernannt worden. (W. T. B.)